

Demografiekongress 2015 – Manuskript Jenseits der Willkommenskultur.  
**Autonomie der Migration und die Integration der  
Unerwünschten.**

*Von Miltiadis Oulios.*

Guten Tag.  
Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Einladung zum 5. Demografiekongress.  
Und vielen Dank Frau Caliendo für ihre Darstellung des Projekts Willkommenskultur in der Rhein-Main-Region.

Mein Name ist Miltiadis Oulios. Ich bin freier Journalist und Autor, arbeite für den Hörfunk, bin Mitglied der Neuen Deutschen Medienmacher und habe auch das Buch „Blackbox Abschiebung“ geschrieben, das im Suhrkamp Verlag erschienen ist.

Ich möchte mich als Kontrapunkt kritisch mit dem Thema Willkommenskultur auseinandersetzen und mich dabei auf bestimmte Aspekte konzentrieren.

Ich möchte Ihnen gleich zum Anfang eine Geschichte erzählen:

Ich war neulich in der Ausländerbehörde. Ich habe einen jungen Mann begleitet, der aus dem westafrikanischen Land Guinea stammt, und der seit neun Jahren in Deutschland lebt. Er sitzt im Beratungsgespräch mit seinem Sachbearbeiter und der stellvertretenden Amtsleitung.

Der junge Mann hat neulich eine der Auflagen der Behörde erfüllt. Er ist zur guineischen Botschaft nach Berlin gefahren, hat dort die Ausstellung eines Passes beantragt. Die Botschaft kann ihm aber keinen ausstellen, das hat ihm die Mitarbeiterin schriftlich bestätigt. Dem Sachbearbeiter in der Ausländerbehörde reichte das aber nicht. Da stehe ja nicht, dass eine andere Stelle in der Botschaft ihm nicht doch einen Pass ausstellen könnte.

Für den jungen Mann fühlt sich das nach reiner Schikane an. Die Mitwirkung bei der Passbeschaffung ist eine Voraussetzung, damit er ein humanitäres Aufenthaltsrecht erhalten kann. Das hat er all die Jahre vermieden, aus Angst mit einem Pass abgeschoben werden zu können. Das wird ihm nun zur Last gelegt. Von einem rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland ist er immer noch in weiter Ferne.

Als er mit 16 Jahren nach Deutschland gekommen ist, sprach er kein Wort Deutsch. Innerhalb von vier Jahren hat er nicht nur die Sprache gelernt. Er hat auch das Fachabitur geschafft. Eine beachtliche Leistung! Trotzdem: All diese Jahre lebt er mit der ständigen Angst vor Abschiebung.

Als abgelehnter Asylbewerber wurde er zur Ausreise aufgefordert. Da er keinen Pass besaß, konnte er allerdings nicht abgeschoben werden. Da er nur eine Duldung besaß, die alle paar Monate verlängert werden musste, hatte er trotz seines Fachabiturs große Schwierigkeiten, eine Lehrstelle zu finden. Er konnte sich bei der Arbeitsagentur nicht einmal zur betrieblichen Ausbildung beraten lassen. Er hat dennoch eine Lehrstelle gefunden bei einer Spedition. Am selben Tag, an dem er sein Schulabschlusszeugnis erhalten hatte, erreichte ihn aber ein Brief der Ausländerbehörde mit der erneuten Aufforderung, Deutschland zu verlassen. Oder eben abgeschoben zu werden. »Ich war total fertig«, sagte er, »auch wenn du alles richtig machst, als Ausländer bleibst du am Rande der Gesellschaft.«

Dann entschloss er sich, in ein anderes EU-Land auszureisen, um dort zu versuchen, Asyl zu beantragen. Das war sein größter Fehler. Dänemark hat ihn wieder nach Deutschland zurück geschickt. Da sein Aufenthalt in Deutschland damit unterbrochen wurde, zählen auch die vorangegangenen Jahre hier nicht als Voraussetzung für ein Bleiberecht. Der junge Mann arbeitet seit einem Jahr als Leiharbeiter bei der Müllabfuhr.

Die Rede von der Willkommenskultur versteht er nicht.

Denn das Ziel der Behörde besteht darin, ihn abzuschieben. Auch wenn damit die Investitionen in seine Bildung der deutschen Gesellschaft verloren gehen würden. Damit das nicht passiert, hätte er ab einem bestimmten Punkt an eine Unterstützung gebraucht, die er nicht hatte.

In diesen Tagen sind uns allen die Bilder und Nachrichten aus dem Mittelmeer vor Augen. Hunderte Flüchtende sind beim Versuch mit dem Boot den Boden der Europäischen Union zu erreichen, ertrunken. Diese Situation an den EU-Außengrenzen ist als Teil einer Gesamtsituation zu sehen, in dem ein Teil der Abschiebepolitik im Zuge der Einführung der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union an die Peripherie verlagert wurde. Um quasi gar nicht in die Verlegenheit zu kommen, sich für diese Menschen eine Willkommenskultur auszudenken.

Abschiebungen finden aber auch innerhalb des nationalen Rahmens statt. Im Jahr 2013 wurden aus Deutschland etwa 15.000 Menschen ab- oder zurückgeschoben. Im vergangenen Jahr wurden wiederum fast 14.000 Menschen gegen ihren Willen aus Deutschland fortgeschafft. 141 Abschiebungen mussten sogar abgebrochen werden, weil sich die Menschen so heftig dagegen gewehrt haben. Dazu kommen mehrere tausend Menschen, die jedes Jahr zur sogenannten freiwilligen Ausreise gedrängt werden.

Bei all diesen Verfahren werden Menschen aus Ihrem Lebensumfeld herausgerissen, mit Zwang fortgeschafft. In einem Drittel der Fälle werden Flüchtende in andere EU-Länder zurückgeschickt. In anderen Fällen werden Familien im Dunkeln morgens um fünf aus den Betten geholt, um sie in den Abschiebeflieger zu setzen.

Dies ist auch der damals Neunjährigen Nadire passiert, die schildert, wie sie ihre

Abschiebung erlebt hat.

### **Video Nadire.**

*„Ich heiße Nadire Mujolli. Ich bin neun Jahre alt, und ich komme aus Deutschland. Meine Hobbies sind: Inliner fahren, Roller, Seilchenspringen, Hula-Hoop-Reifen und Computer. Immer wenn ich an die Schule denke oder wenn ich die auf Fotos im Internet sehe, denke ich einfach, ich bin wieder in Deutschland. Ich hab mich daran gewöhnt, um sieben Uhr morgens aufzustehen, da bin ich auch heute wieder aufgestanden. Ich so: »Mama, steh auf, die Schule!« Die so: »Wir sind im Kosovo.« Ich so: »Ach ja, hab ich vergessen.« Weil, ich träum das immer, in der Schule zu sein. Ich vermiss auch meine Freunde, die vermiss ich ganz doll. Ich wollte meinen Schultornister mitnehmen, die haben gesagt, das braucht zu viel Platz. Das war dann irgendwie traurig. Ich bin in Ahaus zur Schule gegangen. Da bin ich ja geboren.“ (Miltiadis Oulios, Blackbox Abschiebung. Geschichten und Bilder von Leuten, die gerne geblieben wären, Berlin 2013, S. 16 f.)*

Ich erläutere diese Realität der Abschiebungen nicht nur, weil sie uns betroffen machen sollen. Sondern weil sie absurd sind in einem Land, das von Willkommenskultur spricht. Vor allem, weil ein großer Teil der Abgeschobenen junge Menschen sind.

Das ist auch absurd, weil die Bevölkerung in Deutschland altert. Trotzdem verwenden Ausländerbehörden eine Menge Energie darauf, junge Leute mit Gewalt aus dem Land zu schaffen. Obwohl es demographisch unsinnig ist.

Und wir beobachten in diesem Zusammenhang, dass die Wirtschaft, anders als häufig angenommen wird, nicht das letzte Wort hat. Die Handwerkskammern werben seit einiger Zeit dafür, Flüchtlingen beim Bleiberecht entgegenzukommen, um ihre Arbeitskraft nutzen zu können.

Trotz vielfältiger Projekte, die die sprachliche und berufliche Integration von jungen Geflüchteten in den Berufs- und Ausbildungsmarkt erleichtern sollen, lässt sich die Politik mitnichten auf so etwas wie eine Generalamnestie nach Nützlichkeitskriterien ein. Der Primat der Migrationskontrolle aus Prinzip soll nicht aufgegeben werden. Bei Abschiebungen kulminiert dieser Konflikt in besonders krasser Form.

Und so wie es aussieht, werden die Abschiebungen zunehmen in dem Maße wie die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, wieder zugenommen hat.

Dies ist die andere Seite der Willkommenskultur.

Willkommenskultur bezieht sich eigentlich auf die Einwanderer, die kommen dürfen oder kommen sollen. Fakt ist aber, dass viele Menschen nach Deutschland gekommen sind und weiter kommen werden und zu bleiben versuchen, obwohl sie dies offiziell nicht dürfen und nicht sollen. Sie tun es trotzdem. Sie nehmen sich ihr Recht und bringen damit den Staat in Erklärungsnot. Denn wir leben in einer Welt, die von Mobilität geprägt ist. Die Möglichkeiten zu reisen sind so umfangreich wie noch nie in der Geschichte der Menschheit. Mit dem Fall der Mauer hat vor 25 Jahren die Errungenschaft der Reisefreiheit einen nie gekannten Siegeszug angetreten. Zumindest

innerhalb Europas.

Wie kann es sein, dass im selben Zeitraum überall in Europa neue Abschiebe-Gefängnisse und Flüchtlingslager gebaut wurden, in die Menschen nur deswegen gesperrt werden, weil sie mobil sind? Weil sie an einem anderen Ort ein neues Leben wagen wollen oder müssen?

An all diesen Orten erleben wir die Grenzen der Willkommenskultur.

Und sogar etwas Tieferliegendes. Die Geste des Willkommenheißen besitzt einen menschlichen Zug. Sie soll eigentlich das kalte Exekutieren der Paragraphen zumindest menschlicher gestalten.

An all den beschriebenen Orten treten jedoch auch die Grenzen des Konzepts der Menschlichkeit zu Tage. Wie haben wir diese Grenzen der Menschlichkeit zu verstehen?

Wir haben weiter oben erfahren, wie sich für Nadire Mujolli Abschiebung anfühlt: wie eine Amputation des bisherigen Lebens. Ein Mädchen, das in Deutschland geboren wurde und im Alter von neun Jahren mit seiner Familie in den Kosovo abgeschoben wurde. Ihre Familie hat wie viele tausend andere Familien und Einzelpersonen, die in Deutschland geblieben sind, obwohl sie zur Ausreise aufgefordert wurden, durch eben dieses Bleiben mehr verlangt als nur Menschlichkeit. Sie sind trotz Aufforderung nicht von alleine ausgereist, weil sie Deutschland zu ihrer neuen Heimat gemacht hatten.

Nach dem Rückübernahmeabkommen mit der kosovarischen Regierung im Jahr 2009 schiebt Deutschland Familien dorthin ab, die schon lange in Deutschland lebten, aber nie ein reguläres Aufenthaltsrecht erhalten haben - vor allem Angehörige der Roma. Fünf Jahre später sind von den 12.000 betroffenen ausreisepflichtigen Personen nur noch oder besser: immer noch etwa 7.000 in Deutschland.

Der Staat will diesen Menschen *nur* Menschlichkeit zukommen lassen, indem er sie während des Krieges aufnimmt. Er will ihnen jedoch nicht die politische Entscheidung zugestehen, selbst zu entscheiden, wo sie zu Hause sind. Das nämlich ist kein Menschenrecht, sondern ein Bürgerrecht. Ein Recht, das einem Menschen nur als Bürger eines Staates beziehungsweise eines Staatenverbands wie der EU zusteht.

An diesem Punkt kommt nun aber die relative Autonomie der Migration ins Spiel. Diese stellt nämlich die Trennung in Bürger und bloße Menschen beständig in Frage. All die Geflüchteten und Migranten, die unerlaubt einreisen, die bleiben, obwohl sie aufgefordert werden zu gehen, die abgeschoben werden sollen, weil man ihnen das Bleiberecht nicht einräumt, die sich der Abschiebung widersetzen, all diese Menschen nehmen sich dieses Bürgerrecht, das ihnen offiziell nicht zugestanden wird. Sie praktizieren damit unter prekären Bedingungen ein transnationales, ein kosmopolitisches Bürgerrecht. Ein Weltbürgerrecht, wenn man so will, das es offiziell so noch nicht gibt. Das aber das Recht, dass jeder Mensch selbst entscheiden können muss, wo er lebt, in

der Praxis zu behaupten versucht.

Um eine Zahl zu nennen, die das an einem Beispiel veranschaulicht:

Trotz der wieder steigenden Abschiebezahlen wächst die Anzahl der Menschen, die sich nach einem Asylverfahren illegalisiert aber geduldet in Deutschland aufhalten. Sie liegt derzeit bei etwa 150.000. Für die Menschen, die aus vorangegangenen Bleiberechtsregelungen den Duldungsstatus verlassen haben und ein Aufenthaltsrecht ergattern konnten, sind neue hinzugekommen, die eben dies auch anstreben.

Viele können ihre Abschiebung verhindern, indem sie ihre Identität ungeklärt lassen und keine Passpapiere vorlegen. Diese Menschen verlassen sich nicht auf die Willkommenskultur, die für sie eh nicht gedacht scheint.

Entscheidende Triebfeder ist hier nicht die mitmenschliche Geste, die zum Willkommen die Hand reicht. Entscheidend ist das Verlangen nach Freiheit, dass sich auch unter widrigen Umständen Bahn bricht. Dieses Verlangen nach Freiheit wohnt sowohl einer ökonomisch motivierten Migration als auch einer Flucht inne. Es existiert und setzt weiterhin den staatlichen Kontrollpolitiken Grenzen. Aus eben diesem politischen und nicht humanitären Grund gilt es das Verlangen nach Freiheit ins Zentrum zu rücken und nicht die Frage, ob ein Mensch nun „Wirtschaftsflüchtling“, politisch Verfolgter, Tourist oder illegalisierter Arbeiter, ob er „nützlich“ ist oder nicht, ob ihm „erhebliches“ Leid droht oder nicht.

Wir werden all jene Menschen, die aus dem EU-Freizügigkeitsregime ausgeschlossen bleiben, nicht deshalb willkommen heißen, weil wir so edelmütig sind. Wir werden es tun müssen, weil diese den Ausschluss nicht akzeptieren und überwinden werden. Und sie werden damit weiterhin die bestehende Ordnung herausfordern und zu ihrer Veränderung beitragen.

Die Politik trägt dem schließlich auch nolens volens Rechnung. Allerdings in sehr widersprüchlicher Weise, die die Schärfe der Auseinandersetzung widerspiegelt. Der neue Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht eine Vereinfachung des Bleiberechts für junge Menschen mit einer Duldung vor und er erkennt damit die realen Entwicklungen an.

Gleichzeitig jedoch sieht er massive Verschärfungen vor. Ausländerbehörden sollen ein Aufenthaltsverbot aussprechen können, wenn jemand der Ausreisepflicht nicht nachkommt, was die Möglichkeit des Bleiberechts aushebeln würde.

Mehr noch: Neue Gründe für die Abschiebehaft werden geschaffen. Wer für seine Flucht einen Schleuser bezahlt hat, soll schon allein aus diesem Grund in Abschiebehaft genommen werden können. Wer sich bei der Abschiebung wehrt, soll in der Zelle landen. Wer sich die Fingerkuppen zerstört, um seine Identität nicht preiszugeben, ebenfalls. Die Abschiebegefängnisse werden sich wieder mit verzweifelten Menschen füllen.

Abgelehnte Asylbewerber waren zwar nicht willkommen, aber immerhin geduldet. Das neue Gesetz des Innenministers setzt sie der Willkür der Behörden aus. Knast oder illegaler Aufenthalt, das wären ihre Alternativen. Das hat nichts mit Willkommenskultur zu tun. Und jeder, der es mit der Willkommenskultur ernst meint, muss hier Stellung beziehen und darauf hinwirken, dass dieser Gesetzentwurf in dieser Form gestoppt wird.

Wir haben uns wohl alle empört über die Bilder aus der Flüchtlingsunterkunft in Burbach, die der Stern unlängst veröffentlichte. Sie zeigten Flüchtlinge, die von den Beschäftigten des Sicherheitsdienstes im Heim gequält und misshandelt wurden. Die Wahrheit ist: Einer der Betroffenen ist ein algerischer Asylbewerber, der kaum Chancen auf Asyl hat. Für den das Gesetz eigentlich die Abschiebung vorsieht. Jemand, der es nach Deutschland geschafft hat, obwohl es das Ziel der EU-Flüchtlingspolitik ist, Menschen wie ihn genau davon abzuhalten. Jemand, der nach den Plänen von Bundesinnenminister de Maizière im Abschiebegefängnis landen müsste.

Ich werde Ihnen zum Schluss noch ein weiteres kurzes Video vorspielen.

Es zeigt einen Mann, der nach offizieller Lesart ein Asylbetrüger ist. Im Grunde ist er aber nur ein Mensch, der besser leben möchte. Omari ist ein Georgier, der sich als Iraker ausgegeben hat. Er wuchs in Russland mit seinen Eltern auf und lebt schon seit über zehn Jahren in Deutschland. Immer noch, obwohl er längst abgeschoben werden sollte.

### **Video Omari**

*„Nach einem Jahr hat mich das Ausländeramt wieder nach Trier geschickt, um mit mir einen Sprachtest zu machen, ob ich wirklich aus dem Irak stamme oder nicht. Und die Sprachanalyse ergab, dass ich nicht aus dem Irak bin. Ich könnte aus der Türkei oder aus Syrien stammen, aber auf keinen Fall aus dem Irak. Die haben mir gesagt: »Sagen Sie uns, woher sie kommen, weil, Sie werden eh abgeschoben, also besser jetzt als später.«*

*Nicht jeder, der lügt, um nach Deutschland zu kommen, denkt daran, etwas zu klauen oder etwas Schlechtes zu machen. Wenn ich erzählt hätte: Ich hatte in Georgien kein Leben, ich hatte Hunger, ich hatte keine Arbeit – das alles hilft nicht. Man muss unbedingt politisch verfolgt sein, um anerkannt zu werden.*

*Ich habe gelogen, weil ich wusste: Wenn ich sage, dass ich aus dem Irak komme, werde ich mehr Chancen haben, als wenn ich zugebe, dass ich aus Georgien bin. Man kann sich auch aufgrund einer Lüge das Glück beschaffen. Wenn man weiß, dass man in das Land abgeschoben wird, wo man nichts anfangen kann, dann, denke ich, ist es besser, wenn man lügt.“ (Oulios 2013, a.a.O., 304ff.)*

Omaris Leben ist ein Leben in Unsicherheit. Und dennoch zieht er es vor, alles zu tun, um nicht abgeschoben zu werden. Er ist untergetaucht, ausgereist, wieder gekommen und versucht mit einem Anwalt, sich zu legalisieren. Ich weiß nicht, wie es ihm jetzt geht und wo er gerade ist. Das letzte Mal haben wir vor ein paar Monaten telefoniert.

Über eins bin ich mir aber sicher. Omari ist kein Einzelfall.

Und unsere Willkommenskultur wird sich gerade daran messen lassen müssen, wie sie sich zu denen verhält, die wir eigentlich gar nicht willkommen heißen wollten.